

Machtkampf in Peking

Will Jiang Zemin bleiben?

Kay Möller

Seit einigen Wochen kursieren in Peking Gerüchte, daß Staats- und Parteichef Jiang Zemin nun doch nicht Ende 2002 bzw. Anfang 2003 aus beiden Führungspositionen ausscheiden, sondern den Parteivorsitz beibehalten will. Diesbezügliche Spekulationen beschädigen schon heute den inoffiziell designierten Nachfolger Hu Jintao. Unsicherheiten über die nächste Führungsgeneration treffen die Volksrepublik zu einer Zeit dramatischen sozioökonomischen Wandels und eines volatilen internationalen Umfelds. Sollte Jiang Zemin versuchen, über den Parteivorsitz auch künftig die chinesische Politik zu bestimmen, ist kurzfristig bestenfalls mit politischem Improvisieren und Positionskämpfen zu rechnen. Im schlimmsten Fall wird die Regelung anstehender dringlicher Probleme – vom Finanzsektor bis zu den Staatsbetrieben – ausgesetzt und von ideologisch gefärbten Auseinandersetzungen über den richtigen Weg in die Zukunft abgelöst. Soziale Unruhen und zunehmende Unterdrückung sind ebensowenig auszuschließen wie neue Spannungen mit Taiwan und den USA.

Seit einigen Wochen findet in den staatlichen Medien der Volksrepublik China eine intensive Kampagne zum Ruhm des 76jährigen Staats- und Parteichefs Jiang Zemin statt. Sie könnte den Fahrplan für die Ende 2002 bzw. Anfang 2003 vorgesehene Neubesetzung der wichtigsten Pekinger Führungsgremien ernsthaft in Frage stellen.

Beobachter werten diesen Rückfall in den Personenkult als Versuch Jiangs, nun doch am Parteivorsitz festzuhalten. Das wäre nach bisheriger Praxis zwar möglich, liefe aber Bemühungen um eine Verjüngung der politischen Führung zuwider (die Wahrnehmung höchster Staatsämter ist gesetzlich auf zwei Amtszeiten beschränkt).

Die Position des als Nachfolger in beiden Ämtern geltenden Hu Jintao wird durch die aktuellen Spekulationen entsprechend beschädigt.

Die Trennung von Staats- und Parteivorsitz war in der Geschichte der Volksrepublik China eher die Regel als die Ausnahme; sie hat allerdings zweimal (1968 und 1993) zu innenpolitischen Machtkämpfen und Säuberungen in der Führungsriege geführt.

Die Kandidaten

Bisher galt als wahrscheinlich, daß der 59jährige Vizepräsident Hu Jintao Jiang Zemin im Herbst 2002 als Generealsekretär

der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und im folgenden Frühjahr als Staatsoberhaupt nachfolgt und daß der stellvertretende Regierungschef Wen Jiabao das Amt des Premierministers von Zhu Rongji übernimmt (weitere Kandidaten für das Amt des Premiers sind der stellvertretende Ministerpräsident Wu Bangguo und der Parteisekretär von Kanton, Li Changchun, beide Vertraute des derzeitigen Parteichefs).

Jiang, Zhu und der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses (NVK), Li Peng, würden formal in den Ruhestand eintreten. Beobachter spekulieren allerdings schon seit längerer Zeit darüber, daß Jiang den einflußreichen Vorsitz der Zentralen Militärkommission von Staat und Partei beibehalten und/oder, wie im übrigen auch Zhu und Li, versuchen könnte, seinen politischen Einfluß mit Hilfe von Vertrauten im Politbüro und dem entscheidenden Ständigen Ausschuß des Politbüros zu wahren. Daß derlei Manövrieren nicht zwingend Erfolg beschieden sein muß, belegen Jiangs dreimalige fruchtlose Bemühungen, seinem Vertrauten Zeng Qinghong, dem Leiter der Organisationsabteilung der Partei, zu einem ständigen Sitz im Politbüro zu verhelfen.

Hu Jintao verdankt seinen Aufstieg dem verstorbenen Deng Xiaoping, der die Partei- und Staatsführung nach dem Tiananmen-Massaker von 1989 neu besetzen mußte. Verantwortlich für diesen Aufstieg war unter anderem die brutale Niederschlagung einer Erhebung in Tibet Anfang 1989, wo Hu Parteisekretär war. Wie Wen Jiabao wurde er als Ingenieur ausgebildet, und wie Wen sammelte er politische Erfahrung in den armen Provinzen des Westens. Beide werden als potentielle Reformer angesehen, wobei Wen in dieser Rolle glaubwürdiger erscheint. Ob und wie weit solche Erwartungen tragen könnten, hängt nicht zuletzt davon ab, wieviel Spielraum die noch amtierende Führungsgeneration den Nachfolgern läßt. Sollten sich die derzeitigen Gerüchte bestätigen, wäre diesbezüglicher Optimismus schwerlich gerechtfertigt.

Die »Drei Repräsentanten«

Jiang Zemin liegt neben der Sicherung seines Einflusses auf die Tagespolitik daran, als politischer Visionär von der Statur eines Deng Xiaoping in die Geschichte einzugehen. Deng hatte der KPCh eine Kombination aus wirtschaftlicher Öffnung und politischer Abschottung verordnet. Die von Jiang Anfang 2000 lancierte »Drei Repräsentanten«-Kampagne – die Partei repräsentiert die fortschrittlichen Produktionskräfte, die fortschrittliche Kultur und die grundlegenden Interessen der breiten Massen – zielt auf die Absorption der neuen chinesischen Unternehmerklasse und der Intellektuellen durch die KPCh. Deren Mitgliedschaft beläuft sich heute auf 64 Millionen (1990: 50 Millionen). Es gibt bereits Parteizellen in einigen Joint ventures und einheimischen Privatunternehmen. Ihr Einfluß ist in solchen Firmen allerdings deutlich geringer als in den Staatsbetrieben, und selbst dort ist er angesichts wachsender Furcht vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg rückläufig.

Die »Drei-Repräsentanten«-Kampagne blieb in der KPCh nicht unwiderrspochen. Nachdem Jiang sein Konzept im Laufe des Jahres 2001 erläutert hatte, protestierte eine Gruppe führender Kader im Ruhestand schriftlich gegen die weitere Aushebelung der »demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern«. Ranghöchster Unterzeichner des offenen Briefes war das frühere Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros Song Ping, ein Mentor Hu Jintaos. Seither haben sich diese und andere Kritiker wiederholt zu Wort gemeldet.

Mittlerweile wird damit gerechnet, daß der 16. Parteitag im Herbst die »Drei Repräsentanten« neben dem »Mao Zedong-Denken« und der »Deng Xiaoping-Theorie« als ideologische Grundlage in das Statut der KPCh aufnimmt. Im Juli verständigte sich die Führungsriege der Partei angeblich darauf, Kandidaten für leitende Positionen danach zu beurteilen, wie sie die Kampagne implementieren.

Der Machtkampf

Anders als in den 80er Jahren gibt es heute keine antagonistischen ideologischen Lager in der KPCh mehr, und der Dissens um die »Drei Repräsentanten« ist nur vordergründig eine Auseinandersetzung um Doktrinen. Die kollektive Führung um Jiang Zemin verdankt ihren Aufstieg sowohl der Umsetzung der Entwicklungstheorie Deng Xiaopings als auch dessen Entscheidung vom Juni 1989, dieses Programm mit Gewalt zu verteidigen. Allerdings hat sich innerhalb des Einparteienregimes seit einigen Jahren ein Konsens dahingehend etabliert, Ausübung und Transfer von Macht durch Verregelung sowie – ansatzweise – Institutionalisierung berechenbarer zu machen.

Hinter der laufenden Kampagne werden Provinzfürher, hohe Militärs und Ministerialbeamte vermutet, die befürchten, an eine neue Führungsgeneration Pfründen abgeben zu müssen. Jiangs Anhänger haben in den vergangenen Wochen suggeriert, daß dieser wegen seiner großen Erfahrungen und visionären Führungskraft im Amt verbleiben solle. Wenn das geschieht, könnte der wegen seiner Rolle im Juni 1989 umstrittene Li Peng ähnliches versuchen und am Vorsitz im NVK festhalten. Damit wäre auch jene bescheidene Transparenz dahin, auf die die Verfechter einer Theorie der friedlichen Evolution in China gerne verweisen. Dann würde der Machtkampf hinter den Kulissen weitergehen und sowohl Jiang Zemin als auch Hu Jintao und andere Nachfolgekandidaten der Versuchung aussetzen, sich zusätzlich zu legitimieren. Diese Legitimation würde eher nationalistisch als demokratisch ausfallen und gegebenenfalls zu neuen Spannungen mit den USA und Taiwan führen. Gleichzeitig dürften anstehende Reformen des Staats- und Finanzsektors weiter verschleppt werden.

Ein volatiles Umfeld

Der Machtkampf trifft die Volksrepublik zu einem Zeitpunkt radikalen sozioökonomischen Wandels und dramatischer Verände-

rungen im internationalen Umfeld. So hat die Regierung 2002 erstmals erhebliche Probleme bei der Erweiterung der Marköffnung eingeräumt und durchblicken lassen, daß die chinesische Volkswirtschaft ohne die staatlichen Geldinfusionen der vergangenen vier Jahre »kollabiert« wäre. Das Haushaltsdefizit nähert sich einer Rekordhöhe von 37,5 Milliarden US-Dollar. Die monetäre Expansion kann schwerlich im bisherigen Umfang fortgesetzt werden. Sie dient in erster Linie der Rettung unrentabler Staatsbetriebe. Diese beschäftigen heute noch ca. 50 Prozent der städtischen Arbeitnehmerschaft, produzieren aber nur etwa ein Viertel des industriellen Outputs. Gleichzeitig bleibt es aus machtpolitischen Gründen unwahrscheinlich, daß die einheimische Privatwirtschaft in die Lage versetzt wird, hinreichend schnell und umfassend in die Bresche zu springen. Das von der Staatsführung anscheinend präferierte Modell (Aufbau großer Mischkonzerne mit engen Beziehungen zur Politik) ist vor kurzem in Südkorea gescheitert.

Der Gouverneur der Zentralbank hat mittlerweile zugegeben, daß der Anteil nichtrückholbarer Kredite am Gesamtkreditvolumen der vier staatlichen Handelsbanken bei 30 Prozent liegen dürfte. Ausländische Beobachter vermuten bis zu 50 Prozent. Während die Auswirkungen des chinesischen Beitritts zur Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) auf den Arbeitsmarkt umstritten bleiben, erinnern die Liquiditätshausse und die damit einhergehenden Fehlzuweisungen von Kapital bereits an japanische Verhältnisse in den 80er Jahren. Zwar ist Chinas öffentliche Auslandsverschuldung vergleichsweise gering, aber mit Umsetzung der WTO-Vereinbarungen wird es verstärkt zu Kapitalflucht kommen, und die Volksrepublik dürfte sehr viel abhängiger von globalen Kapitalbewegungen werden als bisher.

Gleichzeitig hat sich das Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land trotz gewaltiger Infrastrukturprogramme weiter vergrößert. Die chinesischen Medien selbst

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

zählten zwischen Anfang 1997 und Ende 2000 landesweit etwa 100 000 Demonstrationen unter Beteiligung von jeweils mehreren Hundert Personen, die sich zumeist gegen Entlassungen wandten und nicht ausgezahlte Gehälter einforderten. Im April 2002 kam es erstmals zu Querverbindungen zwischen zwei lokalen Protestbewegungen, als Arbeiter aus der erdölverarbeitenden Industrie im nordwestlichen Lanzhou tagelang gegen Entlassungen demonstrierten, nachdem sie von entsprechenden Aktivitäten Tausender Kollegen im 1500 km entfernten Daqing erfahren hatten. Auch auf dem Lande gibt es schon seit Anfang der 90er Jahre Protestaktionen. Sie richten sich gegen korrupte lokale Funktionäre, die die Bevölkerung zunehmend mit erhöhten Abgaben und anderen Akten der Willkür drangsalierten. Für derlei Unmut gibt es seit Mitte der 80er Jahre ein Ventil in Gestalt von Wahlen auf Gemeindeebene, bei denen auch unabhängige Kandidaten mit Billigung der KPCh nominiert werden können. Bisher variiert die diesbezügliche Praxis von Dorf zu Dorf beträchtlich, und es ist nicht abzusehen, ob das Experiment auf der nächsthöheren (städtischen) Ebene fortgeführt wird.

Das Korruptionsproblem ist nicht auf Chinas Dörfer beschränkt. Anfang 2002 wurde eine Untersuchung gegen den Präsidenten der staatlichen Konstruktionsbank, einen Protégé Zhu Rongjis, eingeleitet. 2001 waren Li Pengs Frau und einer seiner Söhne gerüchteweise in den Verdacht der Vorteilsnahme geraten. 2000 wurde einer seiner Stellvertreter im NVK wegen Korruption hingerichtet. Im selben Jahr wurden Dutzende Funktionäre in der Hafenstadt Xiamen wegen einer Schmuggel-affaire inhaftiert bzw. hingerichtet. Unter den Festgenommenen befand sich ein stellvertretender Minister für öffentliche Sicherheit.

Nimmt man anhaltende, teils spektakuläre Aktionen der Falungong-Sekte, verschärfte Repression gegen uighurische Unabhängigkeitskämpfer in Sinkiang und den Entzug der Lizenzen für kritische

Publikationen hinzu, wird das »best case scenario« in den kommenden Jahren aus anhaltendem Pekinger Improvisieren bestehen, mit dem soziale Unruhen und zunehmende Unterdrückung einhergehen.

Somit ist die Perspektive einer friedlichen Evolution durch mehr Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen der KPCh (bzw. ihren lokalen und regionalen Organisationen), der neuen Mittelklasse und einer entstehenden Zivilgesellschaft allenfalls eine langfristige. Während der Übergangszeit steht die Volksrepublik nicht nur vor erheblichen inneren, sondern auch vor äußeren Herausforderungen, die eine durch Positionskämpfe geschwächte Führung mit zusätzlichen Problemen konfrontieren dürften. So wird in Peking zunehmend Unmut darüber registriert, daß Chinas Beteiligung an George Bushs »internationaler antiterroristischer Koalition« keinesfalls zu einer Multilateralisierung amerikanischer Außenpolitik geführt hat, sondern de facto zu einer Einkreisung der Volksrepublik durch gestärkte amerikanische Allianzen und Partnerschaften.

Gleichzeitig haben die USA ihren Druck in traditionellen bilateralen Streitfragen wie Proliferation oder Raketenabwehr eher noch erhöht und ihre militärischen Beziehungen zu Taiwan spektakulär ausgebaut. Kurzfristig dürfte die Beschäftigung der Pekinger Führung mit sich selbst hier für Zurückhaltung sorgen. Sollte der innerchinesische Machtkampf aber länger dauern oder gar eskalieren, nähme die Versuchung für die beteiligten Fraktionen zu, sich nun etwa in der Taiwanfrage verstärkt mit nationalistischen Parolen zu profilieren.